CDU-Kreistagsfraktion Rhein-Sieg

DIE GRÜNEN

An den
Landrat des Rhein-Sieg-Kreises
Herrn Frithjof Kühn
Kreishaus

05.03.2013

53721 Siegburg

nachrichtlich:

SPD-Kreistagsfraktion
FDP-Kreistagsfraktion

AWO Wohnberatung; Ambulant statt stationär - Hilfe wird ausgebaut

Sehr geehrter Herr Landrat,

die Kreistagsfraktionen von CDU und Bündnis 90/Die GRÜNEN beantragen, im Haushaltsjahr 2014 einen zusätzlichen Betrag in Höhe von 24.750 € für die AWO Wohnberatung einzustellen und diesen Betrag mit einem Sperrvermerk zugunsten des Ausschusses für soziale Angelegenheiten und soziale Beschäftigungsförderung zu versehen.

Begründung:

Seit Jahren leistet die Wohnberatung der AWO sehr gute Beratungs- und Unterstützungsarbeit für Menschen des Rhein-Sieg-Kreises mit dem Ziel, den Verbleib in der eigenen Häuslichkeit zu sichern.

Dadurch stellt die Wohnberatung einen Baustein des im Rhein-Sieg-Kreis praktizierten Grundsatzes „ambulant vor stationär“ dar und bildet eine sinnvolle Ergänzung des Casemanagements des Kreises, das auf Initiative der antragstellenden Kreistagsfraktionen bereits vor Jahren personell aufgestockt wurde.

Entsprechend ist auch die Wohnberatung zu unterstützen und der Antrag der AWO auf Erhöhung der derzeit bewilligten Stellen, der in der Sitzung des Ausschusses für soziale Angelegenheit und soziale Beschäftigungsförderung am 21.02.2013 erörtert wurde, ist grundsätzlich zu befürworten.

Allerdings ist die Förderung des Rhein-Sieg-Kreises an die Finanzierung durch die Pflegekassen zu binden. Denn in der derzeitigen Finanzsituation ist eine über eine Co-Finanzierung hinausgehende alleinige Förderung ausschließlich durch den Rhein-Sieg-Kreis nicht realisierbar.

Das bedeutet zunächst, dass statt der beantragten weiteren vollen Stelle 0,75 Stellen finanziert werden können, weil die Erwartung besteht, dass sich die Pflegekassen in diesem Rahmen an einer erweiterten Förderung beteiligen.

Die Parallelität zur Förderung der Pflegekassen bedeutet weiterhin, dass der erhöhte Förderbetrag erst 2014 in den Haushalts einzuplanen ist, denn die Förderungen der Pflegekassen für 2013 sind bereits bewilligt.

Der Sperrvermerk schließlich soll dazu dienen, dass diese Voraussetzungen vor Auszahlung der Finanzmittel sichergestellt werden können.

Mit freundlichem Gruß

gez. Notburga Kunert

gez. Gabi Deussen-Dopstadt

f.d.R.

Elke Billen